

# Rechtslehre

## 2.4 Typologie Gesellschaftsrecht; Handlungsvollmacht; Stellvertretung

---

### Inhaltsverzeichnis

<b>A. Falllösungen</b>	<b>2</b>
1.1 Sachverhalt 1 (Generalvollmacht bei Erbschaft) .....	2
1.2 Sachverhalt 2 (Kaufvertrag über Aktien) .....	3
1.3 Fall aus Praxis (RA lic.iur. Hepp Hügi) .....	4

# A. Falllösungen

## 1.1 Sachverhalt 1 (Generalvollmacht bei Erbschaft)

Artikel 32

- 1 Wenn jemand, der zur Vertretung eines andern ermächtigt ist, in dessen Namen einen Vertrag abschliesst, so wird **der Vertretene** und nicht der Vertreter **berechtigt und verpflichtet**.
- 2 Hat der Vertreter bei dem Vertragsabschlusse sich nicht als solcher zu erkennen gegeben, so wird der Vertretene nur dann unmittelbar berechtigt oder verpflichtet, wenn der andere aus den Umständen auf das Vertretungsverhältnis schliessen musste, oder wenn es ihm gleichgültig war, mit wem er den Vertrag schliesse.
- 3 Ist dies nicht der Fall, so bedarf es einer Abtretung der Forderung oder einer Schuldübernahme nach den hiefür geltenden Grundsätzen.

### Bemerkungen zur Falllösung:

Zuerst Vertretung prüfen (1. Stufe), dann Kaufvertrag zwischen B und K beurteilen (2. Stufe)  
(Merke: Die Bevollmächtigung kann grundsätzlich formfrei entstehen.)

### Musterlösung:

"Zuerst muss geprüft werden, ob S überhaupt eine gültige Vollmacht erhalten hat, und damit B vertreten konnte. Nur dann kann nämlich ein gültiger Vertrag zwischen B und K zustande kommen, der dann allenfalls noch angefochten werden könnte.

Die Voraussetzungen einer Vollmacht mit Vertretungswirkung im Sinne von Art. 32 OR sind: Vertretungsmacht, Handeln in fremdem Namen, Urteilsfähigkeit und nichtvertretungsfeindliche Rechtshandlung [siehe Skript Seite 14].

1. TBE Vertretungsmacht: Indem B dem S eine Generalvollmacht erteilt hat, hat B S die Macht eingeräumt, ihn zu vertreten, und zwar in allen die Liquidation der Erbschaft betreffenden Rechtsgeschäfte.
2. TBE Handeln in fremdem Namen: Da die Vertretungswirkung nur dann eintritt, wenn der Stellvertreter dem Dritten gegenüber in fremdem Namen handelt, ist diese Voraussetzung zu prüfen. Der Sachverhalt gibt darüber keine näheren Angaben. Jedoch genügt es auch, wenn dem Dritten, also K, gleichgültig ist, mit wem er den Vertrag abschliesst (Art. 32 Abs. 2 OR). Bei der Seltenheit des "Basler Täubchens" ist anzunehmen, dass dem Dritten der Kaufgegenstand wichtig ist, hingegen nicht unbedingt die Person des Verkäufers. Deshalb ist auch diese Voraussetzung erfüllt.
3. TBE Urteilsfähigkeit: Es ist zu prüfen, ob der Vertreter (Stellvertreter, also S) urteilsfähig ist. Aus dem Sachverhalt ergeben sich keine Hinweise darauf, dass S nicht urteilsfähig im Sinne von Art. 16 ZGB gewesen wäre. Dass er den Wert der Sammlung nicht erkannt hat, lässt nicht auf Urteilsunfähigkeit schliessen.
4. TBE Vertretungsfeindliche Rechtshandlung: Eine vertretungsfeindliche Handlung im Sinne des Gesetzes liegt nicht vor.

→ Damit ist die Vollmacht rechtsgültig erteilt worden, d.h. die Vertretungsmacht besteht, und die Wirkung der Stellvertretung tritt ein. Rechtsfolge ist, dass der Vertrag zwischen B und K entstanden ist."

[Merke: Die Auflösung der Vollmacht führt nicht dazu, dass der Vertrag zwischen B und K ungültig ist].

Nun noch Rechtsfragen prüfen, ob Bevorteilung (OR 21) oder wesentlicher Irrtum (OR 23 & 24) vorliegt.

## 1.2 Sachverhalt 2 (Kaufvertrag über Aktien)

---

**Unterschied zum Sachverhalt 1:** Es wurden Limiten der Vertretungsmacht gesetzt!

Indem A den B ausdrücklich mit dem Kauf von 100 Stück Aktien zu einem Höchstpreis von CHF 500.-- pro Stück beauftragt hat, besteht nur für den Kauf dieser Anzahl Aktien eine Vollmacht. Es war keine Rede davon, dass bei einem niedrigeren Preis mehr Aktien gekauft werden durften.

**Anmerkung:**

B darf aber nicht 500.-- Franken verlangen, d.h. die Differenz von 80.-- Fr. selber einstreichen. Läuft unter dem Titel Auftragsrecht [besprechen wir nicht im Unterricht und ist nicht Gegenstand des Prüfungstoffes]. Der Stellvertreter hat dem Auftragsgeber alles offenzulegen und auch den erzielten Gewinn zurückzubezahlen.

Artikel 400

- 1 Der Beauftragte ist schuldig, auf Verlangen jederzeit über seine Geschäftsführung Rechenschaft abzulegen und alles, was ihm infolge derselben aus irgend einem Grunde zugekommen ist, zu erstatten.
- 2 Gelder, mit deren Ablieferung er sich im Rückstande befindet, hat er zu verzinsen.

Artikel 401

- 1 Hat der Beauftragte für Rechnung des Auftraggebers in eigenem Namen Forderungsrechte gegen Dritte erworben, so gehen sie auf den Auftraggeber über, sobald dieser seinerseits allen Verbindlichkeiten aus dem Auftragsverhältnisse nachgekommen ist.
- 2 Dieses gilt auch gegenüber der Masse, wenn der Beauftragte in Konkurs gefallen ist.
- 3 Ebenso kann der Auftraggeber im Konkurs des Beauftragten, unter Vorbehalt der Retentionsrechte desselben, die beweglichen Sachen herausverlangen, die dieser im eigenen Namen, aber für Rechnung des Auftraggebers zu Eigentum erworben hat.

"Handeln in fremdem Namen": Ist gegeben, geht aus dem Sachverhalt explizit hervor. [Achtung: Auch bei offensichtlichem Tatbestand muss man in Falllösung darauf kurz eingehen!]

→ Rechtsfolge: Die Vollmacht ist rechtsgültig erteilt worden, allerdings bestand sie nur für 100 Aktien. Das heisst, der Vertrag ist nur teilweise bindend, nämlich für die 100 Stück Aktien.

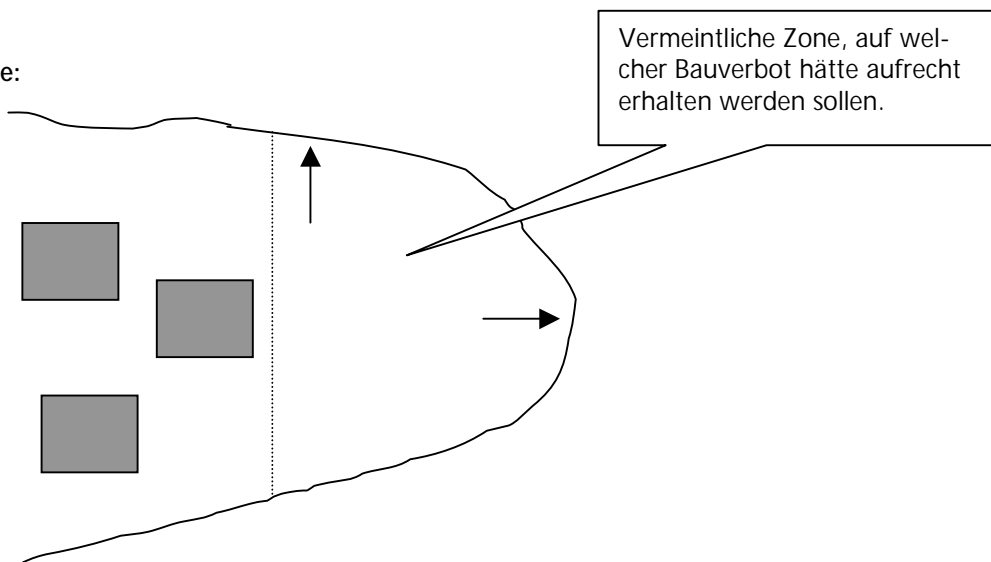
### 1.3 Fall aus Praxis (RA lic.iur. Hepp Hügi)

Nachfolgender Fall stammt aus der Praxiserfahrung der Dozentin. Hat sich vor einigen Tagen/Wochen so zugetragen:

#### Sachverhalt (in chronolog. Reihenfolge):

1. RA X verkauft als Stv. einer Erbengemeinschaft an 12 Eigentümer, je mit schriftlicher Zusage, für ein Bauverbot (also Eintragung im Grundbuch notwendig) Wohnungen [Stockwerkeigentümer].
2. X ist während dieses Zeitraumes einziger VR der Z-AG.
3. X tritt als VR der Z-AG zurück. Sein Nachfolger, ebenfalls einziger VR, ist sein langjähriger Büopartner und Cousin.
4. Zwei Monate nach diesem Wechsel in der Z-AG reicht die Z-AG ein Baugesuch ein auf dem Land, wo das Bauverbot hätte eingetragen werden sollen.

#### Skizze:



#### Fragestellung:

- Gegen wen haben die Stockwerkeigentümer überhaupt Ansprüche?
- Erben (Schadenersatzforderung): nicht möglich
  - RA X (Schadenersatzforderung): Kann noch nicht geltend gemacht werden, solange man noch nicht weiss, ob das Bauverbot aufrecht erhalten wird oder nicht
  - Z-AG (Bauverbot geltend machen):

#### Lösungsansatz:

**"Durchgriff durch den Schleier der juristischen Person"** [Skript hep S. 4], d.h. man kann auf RA direkt zugreifen, ohne die juristische Person zu belangen. Denn er hat Bauverbot nur versprochen, um Grundstückpreise hochzuhalten, und dann AG "missbraucht", um Bauverbot dennoch zu umgehen.